

Vorlage		<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
		<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Vorlage-Nr.: 231/11
Der Bürgermeister Fachbereich: Recht/ Beteiligungsmanagement	zur Vorberaterung an:	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss	
		<input checked="" type="checkbox"/> Finanzausschuss	
		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss	
		<input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss	
		<input type="checkbox"/> Bühnenausschuss	
		<input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat:	
Datum: 28. Juni 2011	zur Unterrichtung an:	<input type="checkbox"/> Personalrat	
	zum Beschluss an:	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss	
		<input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung	8. September 2011

Betreff: Verkauf eines Geschäftsanteils der ICU Investor Center Uckermark GmbH

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Verkauf und die Abtretung eines Geschäftsanteils der Stadt Schwedt/Oder an der ICU Investor Center Uckermark GmbH in Höhe von 8.100,00 EUR an die Stadt Prenzlau zum Nennwert.

Finanzielle Auswirkungen:			
<input type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	
<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>sind</u> im Haushaltsplan eingestellt.		<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>werden</u> in den Haushaltsplan eingestellt.	
		Produktkonto:	Haushaltsjahr:
Erträge:	Aufwendungen:		
Einzahlungen:	Auszahlungen:		
8.100,00 Euro		61201.6844000	2011
<input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nicht</u> zur Verfügung.			
<input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nur in folgender Höhe</u> zur Verfügung:			
<input type="checkbox"/> <u>Mindererträge/Mindereinzahlungen</u> werden in folgender Höhe wirksam:			
Deckungsvorschlag:			
Datum/Unterschrift Kämmerin			

Bürgermeister/in _____ Beigeordnete/r _____ Fachbereichsleiter/in _____

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am
 Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

F.d.R.d.A.

Begründung:

Seit dem 1. Januar 2011 sind der Landkreis Uckermark und die Stadt Schwedt/Oder Gesellschafter der ICU Investor Center Uckermark GmbH. Die IHK Ostbrandenburg und die Handwerkskammer Frankfurt (Oder) hatten ihre Geschäftsanteile an den Landkreis Uckermark und die Stadt Schwedt/Oder verkauft. Die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder hatte den entsprechenden Beschluss in ihrer Sitzung vom 25. November 2010 gefasst (Beschluss-Nr. 149/10/10).

In der Begründung dieser Beschlussvorlage wurde bereits das Ziel der Rekommunalisierung beschrieben.

In der ICU Investor Center Uckermark GmbH soll zukünftig die einheitliche Vermarktung der Uckermark intensiviert werden. Das erfordert Koordinierung und Kooperation zwischen den Wirtschaftsförderverwaltungseinheiten der Städte und des Landkreises. Deshalb ist es nächstes Ziel, die Städte des Landkreises Uckermark als weitere Gesellschafter der ICU Investor Center Uckermark GmbH zu gewinnen. Erste Gespräche wurden bereits geführt. Die Stadtverordnetenversammlung Prenzlau hatte am 11. Mai 2009 den Beschluss gefasst, Geschäftsanteile an der ICU zu erwerben.

Mit Schreiben vom 15. Juni 2011 hat der Bürgermeister der Stadt Prenzlau um Übernahme eines Geschäftsanteils in Höhe von 8.100,00 EUR zum nächstmöglichen Zeitpunkt gebeten.

Die Übertragung von Geschäftsanteilen erfolgt regelmäßig zum Nennwert.

Vor dem Verkauf und der Abtretung eines Geschäftsanteils muss der Geschäftsanteil der Stadt Schwedt/Oder in Höhe von 27.650,00 EUR geteilt werden.

Nach der Teilung des Geschäftsanteils und dem Verkauf des Geschäftsanteils an die Stadt Prenzlau verteilen sich die Stammeinlagen wie folgt:

der Landkreis Uckermark	27.650,00 EUR
die Stadt Schwedt/Oder	19.550,00 EUR
die Stadt Prenzlau	8.100,00 EUR.

Der Verkauf des Geschäftsanteils an die Stadt Prenzlau bedarf keiner Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

Rechtsgrundlage für die Genehmigungsfreiheit ist § 5 der Genehmigungsfreistellungsverordnung.